

Stellungnahme zum „offenen Brief“ an Bildungs- und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Wirtschafts- und Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner vom 13. Juli 2014, erschienen in der „Kronen“-Zeitung

Mit Befremden lesen wir, Mitarbeiter_innen und Studierende des Instituts für Germanistik der Universität Wien, den offenen Brief zur geschlechtersensiblen Schreibweise, der u. a. von emeritierten Professoren unseres Instituts verfasst und unterzeichnet wurde.

Es sind im Wesentlichen zwei Umstände, die uns irritieren: Zum einen enthält dieser Brief zahlreiche sachliche Fehler, auf die wir in unserer Stellungnahme beispielhaft eingehen werden. Zum anderen wird von den Unterzeichneten vehement eine sprachfeministische Dominanz behauptet und sogleich, dieser Logik folgend, (sprachliche) „Normalität“ gefordert. Beides, die Behauptung und die Forderung, sind Ausdruck von Positionen, die zur Folge haben, dass Menschen, die dieser „Normalität“ oder Logik nicht entsprechen (wollen), sprachlich nicht repräsentiert werden.

Dagegen ist das Sichtbarmachen von Differenz und Vielfalt ein grundlegendes Anliegen geschlechtersensibler Sprache. Es ist eine der zentralen Einsichten der Sprachwissenschaft und -philosophie des 20. Jahrhunderts, dass Sprache nicht einfach Realität abbildet und gegebene Sachverhalte beschreibt, sondern Handlungen vollzieht und soziale Tatsachen schafft. Damit vermag Sprache unsere Wahrnehmung und soziale Realität zu verändern. So soll z.B. die Verwendung des Unterstrichs (Kolleg_innen usw.) darauf verweisen, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt und Geschlechtsidentitäten sich nicht in einem binären Schema erschöpfen. Dass solche kreativen Schreibweisen die Welt nicht allein verändern können, ist selbstverständlich – aber sie können sensibilisieren und unsere etablierten Denk- und Wahrnehmungsweisen herausfordern.

1. Was Sprache tut

Die Vorstellung von Sprache als einem Werkzeug, das ausschließlich der problemlosen Verständigung dient, ist seit langem überholt und muss gerade bei Literatur- und Sprachwissenschaftler_innen überraschen. Eine solche Vorstellung reduziert Sprache auf ihre kommunikative Funktion und leugnet ihre wesentlich soziale und politische Dimension. Der offene Brief vollzieht damit einen performativen Selbstwiderspruch: Einerseits ist er eine öffentliche polemische Stellungnahme zur – in seiner eigenen Sprache – „Durchsetzung partikulärer Interessen“, er interveniert auf gesellschaftspolitischer Ebene und versucht, „regulierend einzugreifen“; andererseits leugnet er die Möglichkeit einer solchen Intervention („Sprache dient [...] einzig und allein der problemlosen Verständigung“) und verurteilt derartige Versuche – und somit in letzter Konsequenz sein eigenes Anliegen – als „sprachliche Zwangsmaßnahmen“. Damit wird ein partikulares Interesse, nämlich patriarchale und asymmetrische Strukturen in der Gegenwartssprache weiter aufrechtzuerhalten, als Normalität behauptet.

2. „Natürliches“ und „grammatisches“ Geschlecht

Innerhalb der Sprachwissenschaft wird zwischen dem sogenannten „natürlichen“ und dem „grammatischen“ Geschlecht unterschieden. Ein Beispiel: Wenn man über eine konkrete Person spricht, die als weiblich adressiert wird, so wird der Nominalstamm (etwa Kolleg-) um eine feminine Endung „-in“ (= „natürliches“ Geschlecht) ergänzt. Beim Wort Mensch findet dies nicht statt (= „grammatisches“ Geschlecht, da es sich um eine verallgemeinernde Personenbezeichnung handelt: also entweder maskulin (der Mensch), feminin (die Person) oder auch neutral (das Individuum)).

Aus gendertheoretischer Perspektive ist die „natürliche“ Gegebenheit der Zweigeschlechtlichkeit zu hinterfragen. Sowohl historisch als auch kulturell wird die binäre Opposition von Frau/Mann der Vielfalt unterschiedlicher Geschlechtermodelle nicht gerecht. Wie wir unsere Geschlechtsidentität leben und ausdrücken, ist Ergebnis sozialer und kultureller Prozesse und Praktiken, zu denen wesentlich auch sprachliche Praktiken gehören.

3. Sprache und Demokratie

Die Idee einer feministischen Dominanz und Verordnungspraxis „von oben“ gegen die „natürliche Gewachsenheit von Sprache“ ist zweierlei Hinsicht falsch: erstens historisch, insofern feministische Kritik sich im Kontext emanzipatorischer Bewegungen entwickelt hat – also von „unten“; zweitens strukturell, insofern feministische Praxis sich gegen eine scheinbare „Normalität“ wendet, die letztlich auf gesellschaftlichen wie sprachlichen Hierarchien und Ausschlüssen beruht. Die in dem offenen Brief behauptete Überpräsenz gendertheoretischer Forschung, Lehre und (wissenschafts-)politischer Praxis entspricht keineswegs der akademischen Realität. Das Gegenteil ist der Fall, wie sich mit Blick auf Vorlesungsverzeichnisse oder gegenwärtige öffentliche Debatten leicht zeigen lässt.

Die Notwendigkeit, kritisch-feministische und gendertheoretische Forschung weiter voranzutreiben, ergibt sich aus dem Umstand, dass traditionelle Konzeptionen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ gegenwärtige gesellschaftliche Asymmetrien und politische Denkweisen immer noch mitbestimmen (Stichwörter: Lohnschere, Armutsverteilung, Kinderbetreuung und Pflegeaufgaben, Aufstiegschancen sowie sprachliche und politische Repräsentation).

Als germanistische Literatur- und Sprachwissenschaftler_innen ist uns nicht nur die deutsche Sprache in all ihren Varietäten ein zentrales Anliegen, sondern auch die Menschen, die in und mit dieser Sprache leben. Daher unterstützen wir geschlechtersensible Schreibweisen als Ausdruck eines respektvollen demokratischen Miteinanders.

Timo Ahlers, Thomas Antonic, Thomas Assinger, Anna Babka, Angelika Baier, Theres Baumgartner, Klaus-Börge Boeckmann, Bianca-Maria Braunschöfer, Ludwig M. Breuer, Claus Celeda, Peter Clar, Marta Dawidowicz, Sabine Dengscherz, Inci Dirim, Meri Disoski, Marion Döll, Anna Dorfner, Michal Dvorecky, Julia Ehrenreich, Susanne Eichhorn, Peter Ernst, Renate Faistauer, Magdalena Fellingner, Juliane Fink, Daniela Finzi, Roland Fischer, Konstanze Fliedl (Institutsvorständin), Sorin Gadeanu, Daniela Gandorfer, Werner Garstenauer, Maria Antonia Graff, Elena Grandits, Simone Gsell, Norbert Griesmayer, Nina

Hable, Michael Hammerschmid, Alisha M.B. Heinemann, Maria-Rita Helten-Pacher, Susanne Hochreiter, Elena Höbarth, Moritz Holzinger, Simon Huber, Roland Innerhofer, Christina Jackel, Pia Janke, Johannes Keller, Ursula Kligenböck, Magdalena Knappik, Michael Kögl, Nicola Kraml, Stefan Krammer (stv. Institutsvorstand), Claudia Kreutel, Christina Kreuzwirth, Lena Kusebauch, Theresia Ladstätter, Anna Lasselsberger, Christina Lengauer, Alexandra Lenz, Sophie Lojka, Julia Malle, Marion Mang, Stephanie Marx, Katharina Mayr, Matthias Meyer (Dekan der Philologisch-kulturwissenschaftlichen Fakultät), Lydia Miklautsch (stv. Institutsvorständin), Alexandra Millner, Manfred Müller, Martin Anton Müller, Sabine Müller, Stephan Müller, Arndt Niebisch, Doris Neumann-Rieser, Monika Nußbaumer, Bernhard Oberreither, Lisa Pardy, Franz Patocka, Jasmin Penninger, Nenad Petkovic, Flora Petrik, Maria Pober, Marina Rauchenbacher, Sandra Reitbrecht, Maria Rennhofer-Elbe, Hermann Reichert, Christian Gabriel Riedl, Michael Rohrwasser, Valerie Scheibenpflug, Christian Schenkermayr, Matthias Schmidt, Viola Schmitt, Karen Schramm, Marc-Oliver Schuster, Hannes Schweiger, Isa Schwentner, Ernst Seibert, Wolfram Seidler, Katharina Serles, Brigitte Sorger, Verena Spalt, Herbert Staud, Jakob Steixner, Günther Stocker, Studienvertretung/Institutsgruppe Germanistik, Wolfgang Straub, Irene Stütz, Martina Süess, Wolfgang Taubinger, Walter Thalhammer, Jan Theurl, Evelyn Thornton, Christa Tuczay, Katharina Vogler, Sabrina Weinzettl, Tina Welke, Sonja Winklbauer, Marina Wittner, Alexandra Wojnesitz, Magdalena Zangerl, Sabine Zelger, Günter Zimmermann, Sophie Zimmermann, Katrin Zraunig, Lena Zudrell, Nicola Zotz